Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis

Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8 50 T.Pfd., 12 Monate 15.– T.Pfd. Ausland 1 Monat 5.– R.-Mark, 3 Monate 13 – R.-Mark 6 Monate 25.– R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3 Seite 60 Grusch, 4 Seite 30 Grusch. (Inlandspreise)

Geschaeftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.

Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

توركيشه پوست

نسخه‌سی ٥ غروشدر

آبونه

اعلانات

3. JAHRGANG NO. 69 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Fraitag, 9. März 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

توركيا حكومتك تحديد تسليحات قوميسيونه اشتراك خصوصنده بر كون جنوه انجمننده مذاكره ايدلمسى محتملدر.
قاهره‌ده طلبه جميتلرى طرفندن مصر استقلالى ايچون نمايشلر اجرا ايدلمشدر.
برلين معدن ايشجيلرى ، حكمده صادر اولان قرارى رد ايتمشلردر.

Die Einladung der Türkei zur Teilnahme an den Genfer Abrüstungsarbeiten wird voraussichtlich heute vor dem Rat besprochen werden.

In Kairo kam es zu Kundgebungen der Studentenschaft für die ägyptische Unabhängigkeit.

Die Metallarbeiter in Berlin lehnten den gefällten Schiedsspruch ab.

Griechenlands innen- und aussenpolitische Lage.

Erklaerungen des Aussenministers in Paris.

Paris, 6. März.

Der griechische Minister des Aeusseren, Michalakopulos, äusserte sich vor seiner Abreise nach Genf gegenüber dem Vertreter des «Temps», dass die griechische Regierung, obwohl keine der wesentlichen griechischen Fragen auf der Tagesordnung des Völkerbundsrates stehe, dennoch besonderen Wert darauf lege, dass er mit den in Genf versammelten Aussenministern in Fühlung trete. U. a. interessiere die griechische Regierung in hohem Masse das Sicherheits- und Schiedsgerichtsproblem. Die auswärtige Lage Griechenlands beurteilt Michalakopulos befriedigend. Keinerlei Krisis mit einer ausländischen Macht trübe den politischen Horizont. Die griechische Regierung unterhalte mit allen Staaten freundschaftliche oder zum mindesten höfliche Beziehungen. Mit der Türkei dauerten die Verhandlungen über die Entschädigung an die ausgetauschte Bevölkerung an. Juristische und finanzielle Sachverständige prüften gegenwärtig die durch diese Frage aufgeworfenen Probleme. Die Verhandlungen versprechen auf Grund gegenseitigen Entgegenkommens zum Ziele zu führen.

Was die innerpolitische Lage Griechenlands betrifft, so herrsche innerhalb der Regierung vollkommene Uebereinstimmung und zwischen der Regierung und dem Parlament das beste Einvernehmen, sodass die Regierung in der Lage sei, die Schwierigkeiten, die nach dem Diktator-Regime Pangalos' zurückgeblieben sind, zu überwinden. Nach einer anderen Meldung aus Athen sei die griechische Regierung entschlossen, falls über die Entschädigungsfrage mit der Türkei eine Einiguug nicht erzielt werden könnte, die Streitfrage dem Völkerbundsrat zu unterbreiten.

Die italienischen Waffenlieferungen an Griechenland.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Φ Athen, den 8. März.

Die vom Diktator Pangalos den italienischen Werken «Breda» übergebene Waffenlieferung geht ihrer Ausführung entgegen. Am 9. d. M. werden die ersten 6000 Gewehre den in Italien befindlichen griechischen Offizieren für die griechische Armee übergeben. Die Weiterlieferung erfolgt zu den vertraglich festgelegten Fristen.

Griechenland kauft Flugzeuge.

(Eigener Dienst der „Tuerkischen Post".)

Φ Athen, Anfang März.

Eine grosse deutsche Firma hat dem hiesigen Kriegsministerium ein Angebot auf 50 Flugzeuge verschiedener Typen unterbreitet. Das griechische Kriegsministerium wird sich dieser Tage mit dieser Offerte befassen.

Verhaftung des Engländers Benett in Athen.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Φ Athen, 8. März.

Der englische Staatsangehörige Benett, Direktor der Anglo-Hellinic Co., die sich mit dem Erwerb der Abdul-Hamid'schen Güter befasst, ist ebenfalls verhaftet worden. Ausser den Anklagen wegen Betrugs stellt man fest, dass die Mitglieder der Gesellschaft auch Spionage getrieben haben. Das Kriegsministerium hat bereits seit langem die Ausweisung des Engländers Benett beantragt, doch wurde diesem Antrage seitens des Aussenministeriums nicht stattgegeben.

Die Reise des Gasi.

Wie die «Milliett» aus Angora erfährt, beabsichtigt der Gasi auf seiner bevorstehenden Reise Adana zu besuchen. Die Stadt beginnt bereits die nötigen Vorbereitungen für den Empfang des Präsidenten zu treffen.

Der Prozess Ichsan Bej.

Der Staatsgerichtshof vertagte die zu gestern nachmittag angesetzte Sitzung auf Sonnabend, da die Berichte der Sachverständigen noch nicht fertiggestellt werden konnten.

Kein Brief Ichsan Bejs an den Gasi?

Die Meldung einer Smyrnaer Zeitung die wir kürzlich hier wiedergaben, und nach der Ichsan Bej einen Brief an den Gasi gerichtet haben sollte, wird widerrufen.

Um die kaufmännische Tätigkeit der Angeordneten.

Der Vorschlag Dschelal Nuri Bejs, wonach es den Abgeordneten der Grossen Nationalversammlung untersagt sein soll, sich kaufmännisch zu betätigen, wurde vom Ausschuss angenommen und wird demnächst im Plenum zur Beratung gestellt werden.

Japans Vertreter in der Meerengenkommission.

Der Vertreter Japans in der Meerengenkommission Jamamora wurde durch seine Regierung zurückberufen und ist gestern nach Marseille abgefahren. Sein Nachfolger ist der Kommandant Jamada.

Zu den Eisenbahnbauten.

Wie der «Ikdam» erfährt, sind die Vorschläge der Krupp Werke zum Eisenbahnbau vom Ministerium für Oeffentliche Arbeiten ebenso wie kürzlich die amerikanischen abgelehnt worden. Behidsch Bej hat erklärte, dass noch zwei weitere Vorschläge, einer amerikanischen und einer italienischen Gruppe, zu prüfen seinen.

Die Häfen von Mersina und Samsun beabsichtigt die Regierung nunmehr selbst auszubauen. Sie hat aus diesem Grunde eine Sacherständigen kommission zu Prüfungszwecken an Ort und Stelle entsandt.

Ägyptische Lehrer für Abessinien

(Eigener Dienst der Türkischen Post).

€ Kairo, Ende Februar.

Seinerzeit hatte die abessinische Regierung die ägyptische Regierung gebeten, eine Anzahl ägyptischer Lehrer für den arabischen Unterricht an den abessinischen Schulen und für die Reorganisation dieser Schulen zu ernennen. Der Antrag, der dem ägyptischen Kultusministerium übergeben wurde, ist insofern verwirklicht worden, als das ägyptische Kultusministerium vier besonders qualifizierte Lehrer für dieses Amt ernannt hat und diese Lehrer im Begriffe sind, nach Abessinien abzufahren. Auch die persische Regierung hatte denselben Wunsch an die ägyptische Regierung gerichtet; jedoch sind die hierzu vorgesehenen Lehrkräfte noch nicht abgefahren.

Kundgebungen in Kairo.

Kairo, 8 März (A.A.)

In den Strassen der Stadt kam es heute zu grossen Kundggebungen der Studentenschaft für die Unabhängigkeit Aegyptens. Irgendein Zwischenfall ist jedoch nicht zu verzeichnen,

Der „Heilige Krieg."

Jerusalem, 8. März (A.A.)

Die Regierung von Palästina dementiert alle Gerüchte über den Ausbruch von Unruhen in Basra und Jerusalem auf Grund der Erklärung des Heiligen Krieges durch den König Ibn Saud.

***

Wie gerüchtweise verlautet, soll die persische Regierung beabsichtigen, auf Grund des Aufrufes von König Ibn Saud an der Irakgrenze Truppen zusammenzuziehen.

Kälte in der Krim.

* Moskau, 6. März.

In der Krim ist seit 15 Jahren kein so strenger Winter gewesen. Noch jetzt erreicht der Frost 13 Grad, was um diese Jahreszeit auf der Halbinsel fast nie beobachtet worden ist.

Die Genfer Tagung.

Um die Einladung der Türkei.

Genf, 8. März (A.A.)

Der Forderung Litwinoffs, die Türkei zur Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz einzuladen, wird erwogen und voraussichtlich angenommen werden. Polen hatte bereits vorher einen ähnlichen Vorschlag gemacht. Um die Forderung zur Beratung zu stellen, bedarf es aber eines offiziellen Ersuchens eines der Ratsmitglieder. Man nimmt an, dass Saleski in der morgigen Sitzung einen entsprechenden Vorschlag einbringen wird.

Um den Wiedereintritt von Spanien und Brasilien.

Genf, 8. März. (AA)

Der Ratspräsident Urutia gab seine Absicht bekannt, Spanien und Brasilien aufzufordern, den Völkerbund nicht endgültig zu verlassen. Die Absicht des Präsidenten wurde von den andern Ratsmitgliedern mit Wärme begrüsst.

Stresemann erklärte, dass er es stets ausserordentlich bedauert habe, dass der Austrittsentschluss von Spanien und Brasilien mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammengefallen sei. Er fügte hinzu, dass beide Staaten der internationalen Gemeinschaft noch grosse Dienste leisten könnten und forderte den Präsidenten Urutia auf, den Rat zu einer Entschliessung zu veranlassen, nach der an beide Länder eine Note gerichtet werden solle, mit dem Ersuchen ihren Austrittsentschluss zurückzunehmen.

Genf, 9. März (A.A.)

Man hofft hier allgemein, dass die Regierungen von Madrid und Rio de Janeiro dem Ersuchen des Völkerbundsrates, den Völkerbund nicht zu verlassen, stattgeben werden.

Aus Nikaragua.

Ein Zug zum Entgleisen gebracht.

Managua, 7. März.

Der Eisenbahnzug mit dem Aussenminister Nikaraguas wurde auf der Rückreise von La Habana nach Managua zum Entgleisen gebracht. Infolge der dadurch entstandenen Störung des Eisenbahnverkehrs, musste die Eröffnung des Nikaraguakongresses verschoben werden.

Man sieht in der Tat einen Sabotageakt gegen das Gesetz, das den Nordamerikanern die Ueberwachung der kommenden Nikaraguawahlen überträgt.

Zur Einweihung des Kossuth-Denkmals in New York.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

⚒ Budapest, 8. März.

Heute früh haben 400 Personen die Reise nach New York angetreten, um dort an der feierlichen Enthüllung des Kossuth Denkmals teilzunehmen. Vor der Abreise hatte sich eine Kommission zum Grabe Ludwig Kossuths begeben, um dort vom Grabhügel einen Sack Erde abzuheben, die unter dem Sockel des New Yorker Monuments gestreut werden soll, damit das Monument auf ungarischer Erde ruhe.

Amerika und die Uboote.

Washington, 7. März.

Der aussenpolitische Ausschuss des Repräsentantenhauses sprach sich mit 6 gegen 5 Stimmen gegen den Vorschlag aus, wonach die Verwendung von Ubooten für ungesetzlich erklärt werden sollte und lehnte den Antrag auf ein Allgemeinverbot der Ubootverwendung ab.

Absturz eines französischen Riesenflugzeuges.

London, 7 März (A.A.)

Ein grosses französisches Flugzeug mit 12 Passagieren an Bord stürzte beim Ueberfliegen von Folkestone ab. Der Apparat wurde vollständig zerstört. Die Passagiere wurden alle mehr oder weniger schwer verletzt.

Noch einmal Grosswardein.

Berlin, 6. März (A.A.)

Die rumänische Regierung bewilligte eine Entschädigung von 14 Millionen Lei für die Opfer der letzten Unruhen in Grosswardein.

Die ungarischen Optanten.

Genf, 9. März (A.A.)

Der Rat trat gestern abend zu einer geheimen Sitzung zusammen. Es stellte sich heraus, dass die Lösung der Optantenfrage zwischen Ungarn und Rumänien auf ausserordentliche Schwierigkeiten stösst, doch glaubt man, dass auf Grund der kürzlichen Unterredung zwischen Mussolini und Titulescu eine Einigung gefunden wird.

Das neue japanische Mitglied der Mandatskommission.

Genf, 7. März.

Der Völkerbundsrat ernannte heute den Japaner Sakenobe zum Mitglied der Mandatskommission als Nachfolger des zurückgetretenen Jamanata.

Schluss der Genfer Sicherheitsverhandlungen.

Genf, 8. März.

Der Sicherheitsausschuss des Völkerbundes beendete am Mittwoch seine Arbeiten mit der Annahme des Musters eines allgemeinen Nichtangriffspaktes und eines zweiseitigen Nichtangriffspaktes nebst den erklärenden Noten. Die dritte Tagung des Sicherheitsausschusses wird spätestens Ende Juni stattfinden, auf der die Beratung der deutschen Vorschläge vorgesehen ist.

Zwischenfall bei Gibraltar.

London, 8. März. (A.A.)

Aus Gibraltar wird berichtet, dass die strenge persönliche Untersuchung, der die aus Gibraltar kommenden Personen an der spanischen Grenze unterworfen sind, zu einem heftigen Zusammenstoss von Zivilpersonen mit den Zollbeamten geführt hat und zwar wegen eines Versuches einiger Frauen, die Lebensmittel schmuggeln wollten, die Grenze mit Gewalt zu überschreiten. Die immer drohender werdende Haltung der Menge zwang schliesslich die Beamten, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Zwei von den Angreifern wurden getötet und eine Anzahl anderer verletzt.

Eine englische Anleihe an Ungarn

Berlin, 8. März (A. A.)

Nach Blättermeldungen hat die ungarische Regierung mit dem Bankhaus Rohschild in London ein Anleiheabkommen über 120 Millionen Pengö geschlossen. Man nimmt an, dass noch ein zweites Abkommen über 100 Millionen Pengö zu Stande kommen wird.

Aus Deutschland.

Vom Reichstag.

Etat des Verkehrsministeriums.

Berlin, 8. März.

Der Reichsverkehrsminister Koch schätzte in seiner Etatsrede die Einnahmen der Reichsbahn im Vorjahre auf etwa 5 Milliarden Mark. Er teilte mit, dass die deutsche Handelsflotte jetzt über nahezu 3,5 Mil. Registertonnen gegenüber 600.000 nach der Schiffsablieferung bei Friedensschluss und gegenüber 5,4 Mill. im Jahre 1914 verfüge. Der Minister erklärte weiter, dass der Ausbau des Luftstrecke von Berlin über Moskau nach dem Fernen Osten ein besonderes Interesse verdiene und der Trans-Ozean-Verkehr zuerst mit Südamerika möglich sein werde. Ob das Luftschiff oder das Flugzeug dabei vorzuziehen sei, lasse sich noch nicht entscheiden, zunächst solle der Bau des neuen Zepellinluftschiffes durch Mittel des Verkehrsministeriums gefördert werden.

Berlin, 8. März.

Der Reichstag veranschiedete endgültig das Gesetz über Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande.

Ablehnung des Berliner Schiedsspruches.

Berlin, 8. März (AA)

Die Berliner Metallarbeitervereinigung hat den Schiedsspruch der Schlichtungskommission für den Lohnkonflikt abgelehnt.

Der Afganenkoenig in Essen.

Berlin, 8. März (A.A.)

Das afganische Königspaar ist in Essen eingetroffen, wo es in der Villa Hügel bei Krupp abgestiegen ist.

Das spanische Luftabkommen vom Reichsrat gebilligt.

Berlin, 9. März (A.A.)

Der Reichsrat billigte den Gesetzentwurf über das Luftabkommen mit Spanien.

Kleine Nachrichten.

Dividende der Hapag.

Der Aufsichtsrat der Hapag schlägt eine Dividende von 8 v. H. gegenüber 6 v. H. im Vorjahre vor.

Der Geburtenrückgang.

Graf Westarp richtete im Reichstag an die Regierung eine Anfrage, was sie zu tun gedenke, um dem Geburtenrückgang in Deutschland entgegenzuwirken.

Zu den russisch-afganischen Verhandlungen.

Berlin, 7. März.

Nach Meldungen aus London verlangten die afganischen Kaufleute von der Regierung von Kabul mit Russland keinen Handelsvertrag abzuschliessen, ehe nicht Russland den Kaufleuten Afganistans den zustehenden Rabatt für den Durchgangsverkehr einräumt. Der russische Vertreter verhandelt mit den Kaufleuten bis zur Lösung der Frage, die Beziehungen zu Russland fortzusetzen.

Letzte Nachrichten

Das englische Luftbudget.

London, 8. März (A.A.)

Der Haushaltsplan für die britischen Luftstreitkräfte im nächsten Jahr beläuft sich auf insgesamt 16,25 Millionen Pf. Stlg., das sind 700.000 Pf. mehr als im letzten Jahr.

Die Luftstreitkräfte bestanden bisher aus 69 Geschwadern, die in diesem Jahre um 4 neue Geschwader auf 73 vermehrt werden sollen. Die gegenwärtig in Indien stationierten 6 Geschwader sollen um 2 vermehrt werden. Das Personal beläuft sich auf 32.500 Mann.

Riesenerfolg der Leipziger Messe.

Berlin, 8. März A.A.

Die Leipziger Messe hat bis jetzt einen aussergewönnlichen Erfolg zu verzeichnen. Am Mittwoch zählte sie allein 140.000 Besucher.

Der türkisch-schweizerische Niederlassungsvertrag

Bern, 8. März (A.A.)

Der Nationalrat ratifizierte das Niederlassungsabkommen mit der Türkei.

Die Tochter des Kaisers von Japan gestorben.

Tokio, 8. März (A.A.)

Die Prinzessin Hisa, Tochter des Mikados ist heute an einer Lungenentzündung gestorben. Sie war das einzige Kind und erst 6 Monate alt.

Der Dreierausschuss.

Genf, 9. März (A.A.)

Das Dreierkommitee forderte von der ungarischen Delegation verschiedene Einzelheiten über die Waffenfundangelegenheit.

Politische Wochenschau.

Konstantinopel, 8. März.

Die zum absoluten Axiom erhobene Theorie, dass die inneren Angelegenheiten eines Staates keinen anderen etwas angehen, hat so ziemlich gründlich mit dem aufgeräumt, was man früher Weltgewissen zu nennen pflegte. Das Idol der Staatssouveränität ist zu einer Art Moloch geworden, dem die Appelle an die die Menschheit verbindenden Rechte in beinahe selbstverständlicher Weise zum Opfer gebracht werden. Man könnte dafür aus der Nachkriegszeit, die russische Revolution mit inbegriffen, eine lange und eindrucksvolle Reihe von Belegen anführen. Das neueste Beispiel hat der Schmerzensschrei des vergewaltigten Südtirols geliefert. Kaum eine Stimme hat sich ausserhalb Oesterreichs und Deutschlands in unzweideutiger Weise zu Gunsten des Appells des Kanzlers Seipel, den er im österreichischen Nationalrat an die Welt gerichtet hat, erhoben. Der systematische Prozess der Ausrottung der deutschen Sprache und deutschen Wesens in Südtirol ist auch für das Ausland längst kein Geheimnis. Die durch ihre Intoleranz hervorragenden Methoden, die dafür vom faschistischen Italien benutzt werden, hat die Aufmerksamkeit so manches ausländischen Journalisten erregt, der eine Studienreise nach Süd-Tirol machte. Noch neulich veröffentlichte der «Manchester Guardian» eine Artikelserie über die Verhältnisse in Süd-Tirol. Sie bot in ihrer trockenen Sachlichkeit der englischen öffentlichen Meinung, die sich ja sonst, wie der Fall Ungarn zeigt, für die «Erniedrigten und Gekränkten leicht erwärmt, reichlichen Informationsstoff. Aber solange politische Impulse fehlen, erwärmt man sich eben nicht und findet den Appel Seipels vollständig deplaziert, da die Angelegenheit, wie unter anderem der «Daily Telegraph» ausführt, «eine rein innere italienische Angelegenheit» wäre. In Frankreich haben bedeutende Publizisten Parallelen zwischen Süd-Tirol und Elsass-Lothringen gezogen und gefragt, was wohl Frankreich dazu gesagt hätte, wenn der deutsche Regierungschef das französische Vorgehen in diesen Ländern im Parlament kritisiert hätte. Das heisst doch wohl, dass man nicht mit Steinen werfen soll, wenn man selbst in einem Glashaus sitzt. Die Theorie der absoluten Nichteinmischung und des diskreten Schweigens ist eine Gegenseitigkeitsversicherung mit unbeschränkter Haftung besonders soweit sie Nationen betrifft, deren Gewissen hinsichtlich der Behandlung ihrer Minderheiten nicht allzu rein ist. Aber auch französische Zeitungen, wie der «Temps», mussten zugestehen, dass der Appell Seipels in einer formell einwandsfreien Form erfolgt wäre und deswegen erwarteten sie keine stärkere Reaktion Mussolinis. Darin haben sie sich geirrt und die «Wiener Arbeitszeitung» hat Recht behalten, als sie vorausschauend sagte: «Je mehr der Faschismus sich im Unrecht sieht, desto lauter erhebt er seine Stimme». Mussolini hat geantwortet oder richtiger er hat gebrüllt, nun sagen wir, wie — ein Löwe.

Wenn das internationale Interesse kühl und mit Achselzucken an dem rein menschlichen in der Südtiroler Tragödie vorüberging, so konzentrierte es sich umso lebhafter auf die politische Seite der Vorgänge im österreichischen Nationalrat, die in die gewagtesten Kombinationen mit der Waffenaffäre von Szent-Gotthard hereingebracht wurden. Ob nun Mussolini Luzifer durch Beelzebub austreiben wollte und durch die Heftigkeit der Tonart die allgemeine Aufmerksamkeit von der italienisch-ungarischen Waffenaffäre auf den italienisch-österreichischen Disput lenken wollte, oder ob Seipel eine Schachfigur in der Hand von Benesch und der Kleinen Entente war, sind Fragen, die in der Weltpresse viel diskutiert wurden, die aber von Annahmen ausgehen, denen eine innere Unwahrscheinlichkeit anhaftet. Das Gewirr von phantastischen Kombinationen, das beständig der Waffenaffäre entquillt zeigt aber recht deutlich, wie tief die Wurzeln dieser dem Anschein nach recht geringfügigen Angelegenheit in die internationale Politik hineinreichen. Der Kampf der Kräfte, die sich um sie bewegen, gruppiert sich um den grossen Interessengegensatz zwischen dem französi-